

Erscheint alle 4 Wochen
Wiertel. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
"Die Eiche", Berlin
NW 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Nr. 1

Berlin, den 20. Januar 1933

44. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Eiche" an B. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 39321 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Was wird kommen?

Es ist immer schwer, in die Zukunft zu schauen. Gewöhnlich kommt es anders, als man annimmt. Die Hoffnungen, daß es doch einmal besser werden muß, herrschen vor und es ist auch gut, wenn man sich davon leiten läßt, denn die Niehmacherei erschwert das Leben noch mehr. So ist es auch am Anfang des vorigen Jahres gewesen. Wir hatten schon darauf hingewiesen, daß es ein Schicksals- und ein Kampfsjahr werden würde. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir nicht unrecht hatten und daß nur die Hoffnung um manches ertragen ließ, was unerträglich schien. Das Leben ist doch sowieso ein dauernder Kampf, und nur manches Schicksal entscheidet sich an der mangelnden Energie, den Kampf aufzunehmen.

In vieler Beziehung war das vergangene Jahr sehr abwechslungsreich, aber der großen Masse des Volkes nicht günstig. Die politische Tendenz machte zu große Sprünge und ließ die Wirtschaft nicht vorwärts. Die wirtschaftliche Führung erschöpfte sich in Kleinlichen Bosheiten und brachte die arbeitenden Massen zur Verzweiflung. Der Kampf um die politische Führung trat besonders hervor. Die Wahlen zum Reichspräsidenten, zum Reichstag und in den Ländern schufen ein Reformjahr. Ein halbes Duzend Mal wurde in den einzelnen Ländern gewählt und immer wieder wurden die Instinkte aufgepeitscht. Der Parteihag trieb die sonderbarsten Wüten. Das Volk drängte sich immer mehr in einzelne Läger zusammen, von dem Willen befeelt, durch ihre Machtergreifung den Weg zum Aufstieg zu zeigen. Aus diesem Streben sind leider nur Experimente geworden, die nur eins zurückgelassen haben — die Wölfe von der demokratischen Volkspolitik und Schaffung einer reaktionär politischen Regie mit Diktaturgewalt, die nicht in den Massen des Volkes wurzelt.

Die Regierung Brüning war gewiß bei einem großen Teil des Volkes nicht beliebt. Sie war als republikanisch-demokratische Regierung zu real eingestellt und wollte mit allen Mitteln aus dem Sumpf heraus. Die mehrfachen Notverordnungen waren vor allem der Arbeiterschaft nicht günstig und fanden bei den radikalen Parteien schon gar kein Verständnis. Der Hag einer gewissen Kaste und auch großer Parteien gegen das demokratische System, welches seit der Revolution vorherrschte und an allem Elend schuld sein sollte, wirkte sich verheerend aus, daß anstelle der Regierung Brüning die Regierung Papen trat. Die Feinde einer Volksregierung jubelten, darunter auch leider eine Anzahl Arbeitende. Aber die Enttäuschung war desto größer. Der „Wohlfahrtsstaat“ des Herrn v. Papen wollte dem heutzutage Volke gar nicht recht gefallen. Nur eine kleine Interessentengruppe stützte den Reichskanzler sowie der Reichspräsident, der im guten Glauben dieser Gruppe nachgegeben hatte. Die Verworfenheit auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiet wurde immer größer. Wir brauchen uns nur an zwei der wichtigsten Notverordnungen zu erinnern, um die Tendenz dieses neuen Systems zu erkennen. Am 14. Juni wurde allen Sozialrentnern die Rente gekürzt, die Sozialversicherung der Regierung überantwortet, neue Steuern geschaffen und die arbeitenden Menschen von neuem belastet. Die Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung hat diese Versicherung zur Farce gestaltet und die Gemeinden schwer belastet. Im September wollte man die Wirtschaft ankurbeln, um ein gegebenes Wort wahr zu machen. Und was geschah? Die Industrie wurde unterstützt und die Arbeiterschaft mußte zahlen. Wie kann man eine Wirtschaft in Gang bringen, in der der Arbeiterschaft noch größere Lohnopfer zugemutet werden. In der die neuangestellten Arbeiter von den beschäftigten Betriebsarbeitern erhalten werden sollen. Und das verlangte man von einer Arbeiterschaft, deren Einkommen sowieso schon unter dem Existenzminimum lag. Ist es da ein Wunder, wenn eine solche Aktion verjagen muß und deren Schöpfer allen Kredit verlieren. Wohl selten hat eine Regierung sich eine so grollvolle Wölfe durch den Reichstag geholt, wie die von Papen, und das muß festgehalten werden.

Die notwendige Folge dieses politischen Durcheinander waren Neuwahlen und die Radikalisierung der Linken. Die Regierung Papen konnte sich nicht mehr halten, zu groß war der Ansturm aller Bevölkerungsklassen, wenn auch aus verschiedenen Interessen heraus. Die Versuche zur neuen Regierungsbildung scheiterten an der Parteigestaltung. Zur republikanisch-demokratischen Regierung wollte man nicht zurückkehren, und so wurde der Rechtskurs beibehalten mit einer etwas sozialeren Tendenz. Die Regierung Schleicher ist keine Patentlösung, aber sie ist unter den gegebenen Verhältnissen das Kleinere Übel jedenfalls hat sie die Fehler der früheren Regierung erkannt und deren reaktionäre Einstellung etwas abgeschwächt. Reichskanzler Schleicher war sich wohl bewußt, daß es ein Übel sei, auf die Dauer gegen die Massen zu regieren, er war sich auch bewußt, daß die gewalttätige Unterdrückung aller sozialen Notwendigkeiten im Volke eine Gefahr auslösen mußte, die im Interesse des Staates rechtzeitig zu beseitigen sei. Und es war doch immerhin eine Tat, daß er den Mut und die Einsicht fand, die für die Arbeiterschaft gefährlichsten Bestimmungen der Notverordnung vom 4. und 5. September wieder aufzuheben. Die Lohnherabsetzung bis zu 50 Prozent für 10 Arbeitsstunden in der Woche bei Neueinstellungen war ein so unhaltbarer Zustand und brachte die Arbeiterschaft in eine so berechtigzte Empörung, daß sich schließlich keine neue Regierung die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen erlauben konnte. Natürlich hat die restlose und eindrucksvolle Arbeit der Gewerkschaften mit dazu beigetragen, die falschen Voraussetzungen zu erkennen. Auch die Regierung Papen hätte sich diesen Tatsachen nicht verschließen können. In vielen Konferenzen und Besprechungen ist den zuständigen Ministern und dem Reichskanzler v. Papen die Unhaltbarkeit und Widersinnigkeit dieser Lohnabbauklause von den Gewerkschaften klar gelegt worden und die Aufhebung war zu erhoffen, wenn nicht der Regierungskurs eingetreten wäre. In der Praxis ist ja auch der erwartete Erfolg der Wiederbelebung der Wirtschaft gar nicht eingetreten und die Beseitigung des Fehlgriffes war daher ein Gebot der Stunde. Auch wesentlich waren die Aufhebungen der Notverordnungen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der presserechtlichen und strafrechtlichen Bestimmungen, wodurch wieder einigermaßen normale Verhältnisse geschaffen wurden. Von Bedeutung ist auch die Abschaffung der Sondergerichte und die Amnestie für Straftaten aus wirtschaftlicher Not und politischen Verbrechen, sowie die Beseitigung der sozialpolitischen Ausnahmebestimmungen. Die Winterhilfe wurde auch noch kurz vor Jahreschluß beschlossen, über deren Auswirkung man allerdings geteilter Meinung sein kann und das Arbeitsbeschaffungsprogramm, der eiserne Bestand, einer jeden Regierung ist wohl bekannt geworden, aber noch nicht zur Ausführung gelangt.

So hat das Jahr 1932 einen Abschluß gefunden, der die tiefe Depression der vergangenen Monate etwas mildert und die Hoffnung aufkommen läßt, daß es doch wieder besser werden wird. Wenn auch die Arbeitslosenziffer wieder gestiegen ist, so hat sie doch die vorjährige Höhe noch nicht erreicht und es steht zu erwarten, daß die leichte Belebung der Wirtschaft anhält, so daß im Frühjahr die saisonmäßige Arbeitslosigkeit nachläßt.

Wenn wir nun die Frage aufwerfen

Was wird kommen?

so tun wir das, um einmal zu überprüfen, was auf Grund des Bestehenden zu erwarten ist. Wir sind dabei darauf angewiesen auf das Wirtschaftsbarometer an sich und auf die realen Tatsachen der Regierung und ihre Wichtigen, soweit sie die wirtschaftlichen und sozialen Fragen beeinflussen will. Denn diese beiden Eckpfeiler sind maßgebend für die Gestaltung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Nach den gemachten Erfahrungen steigt oder fällt das Wirtschaftsbarometer nach dem Stand des politischen Weltgeschehens. Eine politische Beunruhigung in den großen Wirtschaftsländern ist der Wirtschaft nicht günstig. Krieg und politische Zerrissenheit in den Ländern wird niemals eine nachhaltige Beschäftigung auslösen. Die politische Unruhe und politische Mißtrauen überträgt

sich ungünstig auf die Wirtschaft. Deshalb ist die Anbahnung eines gegenseitigen Verständens in allen Wirtschaftsländern ein dringendes Gebot. Überall ist die Wirtschaftsnot groß. Die Arbeitslosigkeit nicht geringer als in Deutschland. Im vergangenen Jahr hat sich diese Entwicklung noch verstärkt und alle Kräfte müssen angespannt werden, um diese abzubauen. Das bringt ein Staat nicht allein fertig, sondern nur durch das gegenseitige Vertrauen aller großen Wirtschaftsmächte ist es möglich. Die Geldkreditfrage ist der Unterbau dazu, denn die internationale Geldflüssigkeit belebt die Wirtschaftsländer und damit auch die Produktion. Die als Schutz vor der Wirtschaftskrise errichteten Zollmauern, Kontingentierungen usw. der einzelnen Staaten müssen verschwinden, sie stehen den ausgleichenden Handelsbestrebungen nur hindernd im Wege und verschärfen die bestehenden Zustände auf dem Weltmarkt. An deren Stelle sind verständnisvolle Handelsverträge zu setzen, die auf die Interessen der abschließenden Staaten Rücksicht nehmen. Nur so wird der Boden vorbereitet für ein gegenseitiges wirtschaftliches Vertrauen. Und wenn dann noch die Politik der einzelnen Länder sich auf der gleichen Linie bewegt, dann ist zu erwarten, daß die Hemmungen fallen, die die aufsteigende Konjunktur noch festhält. Von Amerika kann man wohl annehmen, daß mit der Machtergreifung des neuen Präsidenten Roosevelt im März dieses Jahres die Politik wieder in ruhigere Bahnen geleitet wird und dadurch auch die Wirtschaft wieder zu arbeiten anfängt. Die Aufhebung des Alkoholverbotes und die Schuldenregelung mit den Schuldnerländern kann viel dazu beitragen. In England hat das Verlassen des Goldstandards nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Die anfänglichen Erfolge waren nur Sellenblasen und das gesunkene Pfund hat nur einen Vermögensverlust stabilisiert. Uebrigens kein verlockendes Beispiel für Deutschland. Jetzt sucht man auch wieder in England nach neuen Mitteln, um die Arbeitslosigkeit herabzubringen. Und Frankreich leidet trotz der großen Goldbestände ebenfalls unter Produktionshemmungen, wie Italien trotz des vielgepriesenen Regierungssystemes. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Tatsache, daß unter den Staaten eine Vertrauensbasis geschaffen werden muß. Wir gehen jetzt in das vierte Jahr der Krise hinein. Man sollte annehmen, daß in diesem Zeitraum genügend Elend geschaffen worden ist, um rücksichtslos alles wegzuräumen, was dem Aufstieg der Wirtschaft hindernd in den Weg steht. Und wäre es so unmöglich, daß wir im Jahre 1933 dieses Ziel erreichen könnten?

Aber während wir eine solche gesunde Wirtschaftsbasis anstreben, ist es Pflicht eines jeden Staates, dafür zu sorgen, daß wenigstens ein großer Teil der Arbeitslosen wieder Beschäftigung erhält und daß die Arbeitslosen und Arbeits-Invalider eine Unterstützung erhalten, womit sie auch leben können. Da wird es sich notwendig machen, im angehenden Jahr große Kämpfe darum zu führen, daß unsere Sozialversicherung wieder etwas mehr ausgebaut wird und unsere Sozialpolitik angenehmere Wege beschreitet. Die Arbeitslosenversicherung muß eine andere Regelung erfahren. Es geht nicht an, jahrelang zwangsweise Beiträge zu zahlen, um einen ganz ungenügenden Rechtsanspruch von 6 Wochen zu haben. Es muß aber auch ein Ausgleich geschaffen werden für die Abstriche an den Unterhaltungen, die durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 geschaffen wurden. Hier erstreckt für die Reichsregierung ein dankbares Arbeitsgebiet.

Die neue Regierung Schleicher steht besonders unter dem Motto: Arbeit schaffen. Reichspräsident und Reichskanzler haben wiederholt erklärt, daß dieses das wichtigste Aufgabengebiet ist. Ob es dem Reichskanzler glücken wird? Hoffen wir es! Die gute Absicht ist jedenfalls vorhanden und man hat auch gleich einen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt, der auf Grund seiner Vergangenheit etwas leiten kann, wenn ihm die Möglichkeit dazu gegeben wird. Das Wirtschaftsprogramm der früheren Regierung soll übernommen werden, die Gewerkschaften haben in einer Besprechung mit dem Reichskommissar eindringlich darauf hingewiesen, daß

schleunigstens die Arbeitsbeschaffung erfolgen müsse, daß dabei auch die sozialpolitischen Schaubestimmungen nicht außer acht gelassen werden dürfen und daß sie bereit sind, tatkräftig an diesen Problemen mitzuarbeiten. Die Behebung des Binnenmarktes wird sich natürlich nicht so ermöglichen lassen, daß alle Arbeitslosen untergebracht werden, denn dazu gehört ja auch die Behebung der Auslandsproduktion und diese Möglichkeit gehört in das vorher besprochene Kapitel. Aber immerhin sollen durch Einkaufsaufträge, Häuser-Reparaturen und andere Maßnahmen, die noch nicht richtig bekannt sind, Arbeitsmöglichkeiten im größeren Umfange geschaffen werden. Auch die Siedlungsmöglichkeit wird wieder in den Vordergrund gerückt und es kann nur begrüßt werden, wenn brach liegendes Gelände nutzbar gemacht wird und Arbeitslosen eine billige Wohnstätte und Ernährung bietet. In Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg sollen ungefähr 1.300.000 Morgen Land der Siedlung zugänglich gemacht werden und gegen 100 Millionen Reichsmark für die Siedlung zur Verfügung stehen. Von besonderem Werte ist es wohl auch, daß die zu bergenden Arbeiten zu den Tariflöhnen ausgeführt werden sollen und irgendwelche Ueberstunden dabei nicht in Frage kommen.

Ein Hoffnungsstrahl für die Arbeiterschaft war aber wohl die Rundfunkrede des Reichsanzlers, in der er darauf hingewiesen hat, daß der niedrige Stand des Arbeitseinkommens eine weitere allgemeine Senkung weder sozial erträglich, noch wirtschaftlich zweckmäßig erscheinen lasse. Danach darf wohl erwartet werden, daß sich die Schlichtungsbehörden mehr als bisher für die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne einsetzen werden. Welchen Erfolg ihre Stellungnahme haben wird, hängt allerdings stark von der Erhaltung ab, die der Reichsarbeitsminister und die Schlichter in der Frage der Verbindlichkeitsklärung einnehmen werden. Wenn diese ebenso zurückhaltend sein sollte, wie in der Amtszeit des letzten Reichsarbeitsministers, so steht zu befürchten, daß die immer noch im Fluß befindliche Lohnabbaubewegung nicht zum Stillstand kommt, und daß eine Umstellung der Schlichtungsbehörden nur zur Ablehnung der Schiedssprüche durch die Arbeitgeber und damit zum tariflosen Zustand führen wird. In der Textilindustrie ist man aus diesen Gründen schon zu tariflosen Zuständen gekommen, ebenso wurden Lohnsenkungen vorgenommen und in der Herren-, Damen- und Uniformschneiderei sind ebenfalls ähnliche Lohnherabsetzungen erfolgt. Aber immerhin ist es erfreulich, daß man sich endlich im Gegensatz zu der früheren Regierung dazu durchgerungen hat, anzuerkennen, daß die Kaufkraft der arbeitenden Massen soweit herabgedrückt ist, daß damit eine Gefahr für unsere ganze Wirtschaft droht. Die Herabsetzung der Tariflöhne um durchschnittlich 30 Prozent, wozu noch 20 bis 30 Prozent der Akkordlöhne kommen, haben, trotz allem Geschrei, mit dem diese Senkungen begründet wurden, keine Behebung der Industrie gebracht, aber ein fühlbares Nachlassen der Kaufkraft. Und es wäre wohl zu untersuchen, ob nicht unter Beibehaltung der alten Tariflöhne die Beschäftigung eine bessere geblieben wäre, denn die verdienten Löhne werden doch restlos dem Konsum zugeführt und es ist ja eben unser Glend, daß nicht genug verdient wird, um den vorhandenen Bedarf decken zu können.

So hat sich das neue Jahr gezeigt in seinen Hoffnungen und Erwartungen. Wird es das Deutsche Volk wieder enttäuschen, oder werden die kleinen Anzeichen der Besserung sich weiter entwickeln? Wer weiß es? Aber als Arbeiter wollen wir die Hoffnung nicht verlieren. Wir wollen weiter fest zusammenstehen, um der Gefahr zu trotzen und den Aufstieg zu unterstützen. Wir sind bereit, mag kommen was will!

Den Blick vorwärts gerichtet.

Kannst Du nicht selbst Baumeister sein,
Bebau' als Steinmetz Deinen Stein.
Hast Du auch hierzu Geschick nicht und Hand,
So trage Mörkel herbei und Sand.

Obige Worte des Dichters sollen alle diejenigen Kollegen besonders beherzigen, die infolge der großen Not und des Glends am Schicksal verzweifeln, mit Gott und der Welt hadern und nicht einsehen wollen, daß sie selber eine gewisse Schuld mittragen, daß die Verhältnisse sich so katastrophal gestellt haben. Es soll uneingeschränkt zugegeben werden, daß der Kampf um das Talein Formen angenommen hat, die das gewöhnliche Maß weit überschritten haben. Wir dürfen aber auch nie vergessen, daß ständig reaktionäre Kräfte am Werke gewesen sind, die die Anhebung und Unterdrückung der Massen im Auge gehabt haben. Aus dem Vergangenen müssen wir unsere Lehren ziehen.

Die Gewerkschaften und Gewerkschaften sind nicht durch Zufall entstanden, sondern es war die notwendige Folge der Zeit der schwersten Reaktion ergeben mußte. Es wird ewig das Verdienst des Gründers der deutschen Gewerkschaften von Dr. Max Hirsch, dessen 100. Geburtstag wir am 30. Dezember vergangenen Jahres in so überaus würdiger Weise feiern konnten, daß dieser junge Anwalt frühzeitig die Wege erkannt hat, die zum sozialen und kulturellen Aufstieg der schwer bedrückten Arbeiterschichten führen konnten.

Ohne Ueberhebens darf wohl gesagt werden, daß die von diesem Vorkämpfer der Arbeiterbewegung bezeichneten Wege wohl dornenvoll, aber auch als erfolgreich bezeichnet werden müssen. Bei der in den Jahrzehnten eingetretenen gewaltigen Entwicklung der deutschen Industrie ist ein kultureller und sozialer Aufstieg der Arbeiterschichten ohne Gewerkschaften und Gewerkschaften nicht denkbar. Davon sollten in erster Linie alle diejenigen Arbeitnehmer denken, die bei dieser langanhaltenden Wirtschaftskrise glauben, ohne Organisation auskommen zu können, besonders auch die Kreise, denen das Tempo des Aufstiegs nicht schnell genug geht, die an allen Einrichtungen herum wogeln, sich selbst aber für zu schade fühlen, irgend persönliche Opfer zu bringen.

Die Interessenlosigkeit ist von jeher der größte Feind der politischen und wirtschaftlichen Freiheit gewesen, sie ist zugleich der beste Helfer aller reaktionären Kräfte, darauf bauen die Unternehmer ihre dunklen Pläne. Es gilt daher mit allen Kräften diesem Uebel zu steuern, selbst diese schwerste wirtschaftliche Not darf uns nicht mutlos machen, die Gefahr ist größer als sich manche Kollegen träumen lassen. Es geht ein reaktionärer Zug durch die deutschen Lande, Junker und Schwerindustrielle wollen das Rad der Kultur um Jahrzehnte zurückdrehen, sie wollen aus dem Industriebürger wieder den Industrieuntertan machen. Hinzu kommt, daß die Militärkaste in letzter Zeit besonders aktiv in die Erscheinung tritt. An diesen Vorgängen darf kein für Freiheit und Fortschritt strebender Arbeitnehmer achtlos vorüber gehen. Die Gefahren erkennen, heißt gleichzeitig nach Wege suchen, dieselben zu bannen.

Wer aufmerksam die Presse verfolgt, muß zu der Erkenntnis kommen, daß der Kampf der Reaktion sich in erster Linie gegen die gewerkschaftlichen Organisationen und deren Führer richtet, ein Beweis, daß man die Macht und Stärke der Gewerkschaften anerkennt und fürchtet. Sollte diese Tatsache schon allein nicht genügen, um alle Abseitsstehenden zu veranlassen, mit allen Kräften das Gebäude der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, den Schirm und Hort der Schwerverdrückten, nach allen Seiten auszubauen und zu befestigen? Dem gewaltigen Ansturm der Reaktion muß mit vereinteter Kraft die feste Entschlossenheit der kulturbaubewussten Arbeiterschichten entgegen gestellt werden, denn Gewerkschaftsarbeit ist Aufbauarbeit. Aus der Geschichte der Zeit müssen wir unsere Lehren ziehen. Es ist interessant, festzustellen, wie in dem Augenblick, als Dr. Max Hirsch, der Gründer der deutschen Gewerkschaften, die Arbeitnehmer zur Sammlung, zur Abwehr der Reaktion, zum Aufbau der Kulturarbeit aufrief, er zugleich den reaktionären Klüngel gegen sich hatte, der in Wort und Schrift den kulturellen Aufbau dieses Arbeiterführers verhindern wollte. So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben, es gibt nichts, wofür man nicht die Gewerkschaften verantwortlich zu machen sucht. Für das Fiasko der kapitalistischen Wirtschaftsführer, für die schwere Wirtschaftskrise, für die große Arbeitslosigkeit, kurzum für alles sucht man die Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Die Anschauungen dieser reaktionären Kräfte entbehren oft nicht einer gewissen Komik. Wir erinnern nur an den Direktor Klein von der Firma Vohwinkel in Mainz, der einmal in München in der Sitzung der Zentralschlichtungskommission für das bayerische Sägewerke folgendes ausführte:

„Wenn die deutsche Industrie und vor allen Dingen die Sägewerke wieder gefunden soll, dann muß sie von allen Fesseln und Vorurteilen befreit werden. Die Revolutionserregenschaften müssen verschwinden, die Industrie muß es in der Hand haben, so lange arbeiten zu lassen, wie es die Wirtschaft erfordert und die Betriebe wieder rationell werden. Die unzufriedenen Elemente müssen aus den Betrieben entfernt und durch solche Arbeiter ersetzt werden, die bereit sind, zu einem Lohn zu arbeiten, den der Arbeitgeber bezahlen kann. Leute, die die Arbeiter aufheben, gehören an den Laternenpfahl. Die größten Heher, die herumlaufen, sind die Gewerkschaftsführer. Wenn von denen mal einige Hundert an die Laternenpfähle aufgehängt werden, dann wird die Industrie Ruhe haben vor den Forderungen der Arbeiterschaft.“

Diese Ausführungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, der Direktor hat die Kage aus dem Sad laufen lassen, so wie er, denken Tausende dieser Reaktionäre. Die Ausführungen rufen zugleich Erinnerungen wach, in dem so mancher Freiheitskämpfer die Ansicht vertrat, daß es durchaus angebracht sei, einzelne Vampyre des Wirtschaftslebens, die sich „Wirtschaftsführer“ nennen, die Bekanntheit mit dem Laternenpfahl machen zu lassen.

Es erscheint notwendig, von Zeit zu Zeit solche Erinnerungen wach zu rufen, ebenso der Hinweis, daß es auch bei den Gewerkschaften eine Zeit der Hochkonjunktur gab, in denen die Mehrzahl der Betriebe fast restlos von den Organisationen erfasst waren. Es wurde in der Zeit mancher Aufstieg erzielt. Inflation und die langandauernde Wirtschaftskrise haben die Gewerkschaften in eine Abwehrstellung gedrängt, der Pendel der Macht hat sich etwas verschoben, es wäre unklug gehandelt, dies nicht einzusehen. Gerade diese Tatsache müßte für alle diejenigen, die da glauben, nur in der Zeit der Hochkonjunktur einer Organisation angehören zu müssen, besonders anfeuernd wirken. In allen Zeiten hat es Auf- und Abstieg gegeben, ohne daß dadurch das große Rad der Zeit in seinem Lauf aufgehalten wird. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich stets den veränderten Verhältnissen angepaßt, ohne von ihren gesteckten Zielen etwas aufzugeben, man stellt dieselben wohl

etwas zurück, gibt sie aber niemals auf. Wir sind vom Schicksal nicht verdrängt. Die Jahrzehnte seit Bestehen der deutschen Gewerkschaften war ein ununterbrochener Kampf um die Freiheit und das Mitbestimmungsrecht der deutschen freiheitlich-national gesinnten Arbeitnehmer. Getrennt und gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften, wie die Verhältnisse gerade lagen, haben wir diesen Kampf für diesen kulturellen Aufstieg geführt und werden ihn trotz der schweren Zeit uneingeschränkt weiterführen, da wir nach wie vor die Auffassung vertreten, daß der Aufstieg Deutschlands sich nur bei einer sozial gestalteten Arbeiterschenschaft vollziehen kann. Keine Knochenfeilen, sondern freie deutsche Arbeitnehmer sind die Grundpfeiler eines freien deutschen Reiches, darum kämpfen wir für ein freies — ein soziales Deutschland.

Diesem Kampfe darf sich niemand entziehen, nur der Sklave folgt willig seinen Ketten. Die deutschen Arbeitnehmer haben durch die gewaltigen Opfer, die sie während und nach dem Kriege gebracht haben, das größte Anrecht als gleichberechtigte Bürger im Staate behandelt zu werden, sie werden sich in keinem Falle dies Recht nehmen lassen. Dies ist aber nur möglich, wenn sich alle Arbeitnehmer in Stadt und Land ihrer Kraft und Stärke voll und ganz bewußt sind. Wie nach den schwersten Wintermonaten die Frühlingssonne sich Bahn bricht, so wird auch nach dieser schweren wirtschaftlichen Krise wieder die goldene Sonne, das Symbol deutscher Freiheit, aufleuchten, um die so schwer Bedrückten und Kolleiden mit ihrem Glanz zu erwärmen. Nur nicht mutlos werden, sondern den Blick vorwärts gerichtet, nicht abseits stehen, sondern sich einreihen in die Front der Kämpfer für ein freies — soziales Deutschland.

Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung.

Ein ganz besonderes Interesse beansprucht die internationale Vorkonferenz, welche am 10. Januar 1933 begonnen hat und zu der Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung nimmt. Diese Genfer Konferenz soll Vorarbeit leisten für die 17. Internationale Arbeitskonferenz im Frühjahr. Es ist unzweifelhaft, daß das Problem der Arbeitszeitverkürzung in allen Industriestaaten das größte Interesse auslöst und es wäre ein großer Fortschritt, eine einheitliche gemeinsame Linie zu finden zur Erreichung dieses Zieles. Für Deutschland mit der großen Arbeitslosigkeit, wäre es geradezu eine Erlösung, dadurch zur 40-Stundenwoche zu kommen, die von der Arbeiterschaft schon lange angestrebt wird. Die deutsche Regierung steht der 40-Stundenwoche sympathisch gegenüber und auch der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung hat in seinen Richtlinien über die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Mittel aus der öffentlichen Arbeitsbeschaffung festgelegt, daß die Arbeitszeit 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf. Mit der generellen Festlegung der 40-Stundenwoche wäre schon allein die Möglichkeit gegeben, eine große Zahl der Arbeitslosen unterzubringen, die sich bei anziehender Konjunktur noch steigern würde. Auf der Genfer Tagung werden gegen 40 Nationen vertreten sein, was schon beweist, daß eine zähe Arbeit geleistet werden muß, wenn man sich auf eine einheitliche Basis einigen will. Die deutsche Delegation besteht aus dem Ministerialdirektor Söhler vom Reichsarbeitsministerium als Führer, Kommerzienrat Vogel-Ohmisch als Arbeitgeber und den Arbeitnehmervertretern Kreil, Splieth und Lemmer. Das Internationale Arbeitsamt gibt als Unterlage für die Beratung der Arbeitszeitverkürzung einen Bericht heraus, den wir wegen seines wichtigen Inhalts unseren Lesern nicht vorenthalten möchten und deshalb im Auszug folgen lassen.

Der Bericht behandelt die verschiedenen Seiten des Problems der Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er bringt insbesondere die verschiedenen öffentlichen und privaten Maßnahmen und Methoden zur Verkürzung der Arbeitszeit und die damit gemachten Erfahrungen in einzelnen Ländern und Industrien zur Darstellung, um darauf eine Reihe von Schlußfolgerungen aufzubauen, die gegebenenfalls Gegenstand der in Aussicht genommenen internationalen Vereinbarung werden könnten. Es handelt sich diesmal bei der internationalen Arbeitszeitregelung nicht, wie beim Washingtoner Uebereinkommen um eine rein sozialpolitische Frage, sondern vielmehr um eine Frage von umfassendem wirtschaftlichen Einfluß.

Noch stark umstritten ist die Frage, ob die internationale Regelung für die Dauer in Aussicht genommen werden soll, oder als eine vorübergehende und provisorische Maßnahme. Gegen die Arbeitszeitverkürzung als vorübergehende Maßnahme wird eingewandt, daß bei dem heutigen Stande der Technik selbst eine Wiederbelebung der gewerblichen Tätigkeit ein beträchtliches Maß von „technologischer“ Arbeitslosigkeit übrig lasse. Aus diesem Grunde müßte die Arbeitszeitverkürzung mindestens teilweise als Dauermaßnahme in Aussicht genommen werden. Andere Vorschläge sehen die Schaffung eines ganzen Netzwerks internationaler Uebereinkommen zur Verkürzung der Arbeitszeit nach einzelnen Industriezweigen vor. Die Verabschiedung einer solchen Reihe von Uebereinkommen würde jedoch zweifellos mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Schon aus diesem Grunde dürfte ein einheitliches Uebereinkommen, das bald in Kraft treten kann, den Vorzug verdienen, abgesehen davon, daß bis heute eine internationale Verknüpfung über die Abgrenzung der einzelnen Industriezweige noch nicht besteht.

In Bezug auf die durchschnittliche Dauer der wöchentlichen Arbeitswoche sind zwei wesentliche Vorschläge zu verzeichnen. Der eine fordert die Vierzigstundenswoche. Zweifellos würde jede Regelung, die nicht mindestens eine Begrenzung auf 40 Stunden wöchentlich mit sich bringt, dem Zweck des Übereinkommens nicht entsprechen. Dagegen weist der Bericht des Internationalen Arbeitsamts darauf hin, daß die Begrenzung auf 36 Stunden wöchentlich für die Arbeitgeber erste Folgen hätte, wenn die Löhne auf dem alten Stande bleiben sollen und auch für die Arbeitnehmer, wenn etwa die Löhne im Verhältnis zur Arbeitszeit ganz oder teilweise gekürzt würden.

Unter besonderer Betonung dieser und einer Reihe anderer Fragen, die durchaus umstritten sind, gehen die Anregungen des Internationalen Arbeitsamts über den etwaigen Inhalt des in Aussicht genommenen internationalen Übereinkommens dahin, daß die Regelung auf alle öffentlichen und privaten gewerblichen Betriebe, die mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, Anwendung finden soll. Ausnahmen sollen lediglich für Personen, die eine leitende oder überwachende Tätigkeit ausüben, oder die Vertrauensposten bekleiden, zulässig sein. Dabei wäre es vielleicht zweckmäßig, die Zahl der unter diesen Umständen vom Anwendungsbereich auszunehmenden Personen auf einen bestimmten Hundertsatz der im Betrieb beschäftigten Personen zu beschränken.

Die Grundlage des Übereinkommens soll die Vierzigstundenswoche sein. Dabei soll die Durchschnittsberechnung der Arbeitszeit sich im allgemeinen auf einen kurzen Zeitraum, beispielsweise 4 Wochen erstrecken. Sie soll ausnahmsweise für einen längeren Zeitraum, jedoch höchstens ein Jahr zugelassen werden. Dabei soll jedoch die maximale tägliche Arbeitszeit nicht über die im Washingtoner Übereinkommen und im Übereinkommen für die Arbeitszeit im Kohlenbergbau vorgesehenen Grenzen hinausgehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf durchschnittlich 40 Stunden wöchentlich kann auf folgenden Wegen erreicht werden: a) durch Erhöhung der Anzahl der Schichten, insbesondere Einführung des 4-Schichten-systems zu je 6 Stunden bei Arbeiten, die notwendigerweise im ununterbrochenen Betriebe erfolgen müssen; b) durch entsprechende Anordnung der Schichten für andere Arbeiten, die in mehreren Schichten erfolgen; c) Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit durch Verringerung der täglichen Arbeitsstunden oder durch Verringerung der wöchentlichen Arbeitstage oder durch Einführung des Rhythmusystems für Arbeiten, die in nur einer Schicht durchgeführt werden; d) Berücksichtigung der Arbeitsstunden, die infolge des jährlichen Urlaubs ausfallen; e) durch jede andere Art der Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Gesamtvereinbarung, die eine öffentlich-rechtliche Bestätigung erhält, vorausgesetzt, daß die im Übereinkommen vorgesehene durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit eingehalten wird.

Ausnahmen sollen zugelassen werden bei Unfällen, dringlichen Arbeiten an den Maschinen oder den Betriebseinrichtungen, wenn höhere Gewalt vorliegt, ferner für Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten bei Personen, deren Arbeit in besonderem Maß Unterbrechungen mit sich bringt. Ferner sollen etwa zulässige Ueberstunden allgemein begrenzt werden.

Nach den Vorschlägen des Internationalen Arbeitsamts könnte man drei Gruppen von Ueberstunden unterscheiden. Die erste Gruppe von Ueberstunden bleibt vollständig der Anordnung des Arbeitgebers überlassen. Die zweite Gruppe von Ueberstunden kann nur mit Zustimmung der Arbeitsaufsicht angeordnet werden, während die dritte Gruppe von Ueberstunden nur möglich ist auf Grund einer besonderen, zu diesem Zweck geschaffenen Gesamtvereinbarung. Dabei wäre es zweckmäßig, für jede Art von Ueberstunden etwa den üblichen Lohnzuschlag von 25 Prozent vorzusehen oder gegebenenfalls den Ueberstundenzuschlag zu staffeln. Schließlich wären für eine Reihe Länder, die auch im Washingtoner Übereinkommen eine Ausnahmebehandlung erfahren haben, besondere Ausnahmen zu erwägen.

Dies sind im großen und ganzen die vom Internationalen Arbeitsamt angedeuteten Grundlinien des in Aussicht genommenen Übereinkommens über die Verkürzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben. Gegebenenfalls könnte für die Arbeit im Handel und in den Häfen ein besonderes Übereinkommen, das auf den gleichen Grundfähen beruht, in Aussicht genommen werden.

Eine außerordentlich wichtige Frage, die sich aus diesem Zusammenhang ergibt, ist die des Lohnausgleichs. Im allgemeinen ist bei früheren Übereinkommen, die eine Begrenzung der Arbeitszeit vorsahen, die Lohnfrage nicht behandelt worden. Dazu kommt, daß die Regierungen nicht über die notwendigen Mittel zur Regelung der Löhne auf nationaler Grundlage verfügen, und sich eine internationale Regelung daher von selbst verbietet. Dagegen kann im vorliegenden Falle die internationale Arbeitskonferenz gegenüber dieser Frage nicht indifferent bleiben, insbesondere wenn die Durchführung des Übereinkommens zu der Befürchtung Anlaß gibt, daß das Realeinkommen der Arbeiter verringert werden könnte. Es darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnert werden, daß die 16. internationale Arbeitskonferenz dazu schon endgültig Stellung genommen hat, indem sie in der Entschließung über die Vierzigstundenswoche die Lohnsetzung mit der Begrenzung verknüpfte, daß dadurch die Krise nur verschärft werde. Es wäre daher erwünscht,

eine Entschließung in Aussicht zu nehmen, die jede Lohnsetzung, d. h. jede Verschärfung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft ablehnt.

Der Bericht des Internationalen Arbeitsamts zeigt die großen Schwierigkeiten, die der Schaffung eines internationalen Übereinkommens zur Verkürzung der Arbeitszeit, das auch praktisch durchführbar ist, entgegenstehen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit in allen Ländern der Welt und das damit verbundene soziale Elend erfordern aber dringend, daß diese Schwierigkeiten im Interesse der Millionen von Arbeitslosen überwunden werden.

Entschließung zur Entwicklung des Berufsschulwesens.

Im letzten Jahre sind die Kommunen, die Länder und auch das Reich dazu übergegangen, aus Gründen der Ersparnis, das Berufsschulwesen abzubauen bzw. auf seine Einschränkung hinzuwirken. Die Verminderung der Wochenstunden, die Ausbildung der ungelerten und weiblichen Jugendlichen, die Einziehung der Berufsschulen an kleinen Orten und schließlich der Versuch der Aufhebung von Fachklassen an Berufsschulen sowie der Ueberweisung von Aufgaben der Pflichtberufsschulen an Privatschulen kennzeichnen den Weg dieses Abbaues und der Gefahren, die der Berufsschule drohen.

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände verfolgt diese Entwicklung mit wachsender Besorgnis und richtet an die Wirtschaftskreise, an die Länder, an die Kommunen und auch an das Reich die dringende Aufforderung, der Berufsschule zu geben, was der Berufsschule ist und dem, weit über das Maß der beim übrigen Schulwesen durchgeführten Einschränkungen hinausgehenden Abbau, endlich zu steuern. — Der Gewerkschaftsring stellt ausdrücklich fest, daß die Fortbildungs-, (Berufs-) Schulpflicht ebenso wie das übrige Schulwesen in der Reichsverfassung verankert ist und daß deswegen die Berufsschule, ihrer Einrichtung nach, auf den gleichen Schutz Anspruch zu erheben hat, wie die Volks-, Mittel- und höheren Schulen.

Die Berufsschule vermittelt nicht nur ein Mindestmaß individueller Bildung, sondern sie leistet auch notwendige Erziehungsrbeit an den Jugendlichen, im Sinne der Arbeitserleichterung für Volk, Staat und Wirtschaft. Zu keiner Zeit ist diese Arbeit aber im Interesse des Staates und der Wirtschaft notwendiger gewesen, als jetzt in den Monaten und Jahren der Wirtschaftskrise und Staatskrise. Wenn wir — wie von maßgebenden Wirtschaftskreisen behauptet wird — vor einer Wirtschaftswende stehen, so ist es doppelt nötig, die Jugend vor Demoralisierung und Arbeitsuntüchtigkeit zu bewahren und in ihr die Kräfte zu stärken für Dienst und Leistung an der Gemeinschaft.

Stunden der Erbauung und des Gelöbnisses zur Treue!

Für alle Gewerksvereiner und deren Freunde war der 30. Dezember 1932, der hundertste Geburtstag von Dr. Max Hirsch, ein Tag der Erinnerung, des Nachdenkens und der Erbauung. In Berlin, der Hauptwirkungsstätte dieses unvergesslichen Arbeiterführers legten die Zentralratsvorsitzenden gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuss im Verbande der deutschen Gewerksvereine im Beisein der hochbetagten Gattin des Verstorbenen und deren Söhne, einen prachtvollen Kranz, geschmückt mit den Reichsfarben, an dessen Grabstein nieder.

Des Abends fanden sich die Gewerksvereinskollegen im Verbandsbause zu einer überaus würdigen Gedenkfeier zusammen. An derselben nahmen die Söhne des Anwalts, Vertreter der Humboldt-Akademie, des Vereins für Volksbildung, der Ringorganisationen teil. Die Gattin des Verstorbenen schloß sich der seelischen Aufregung nicht gewachsen und ließ ihr Fernbleiben entschuldigen. Eingeleitet wurde die Feier durch ein Musikstück. Allgemeine Ergriffenheit erfaßte die Anwesenden als von dem Gesangsverein „Liedertafel 1900“ klar und rein das für diese Stunde so überaus passende Lied: „Ich kenn ein hellen Edelstein“ vorgetragen wurde. Die Gedenkrede hatte Gustav Hartmann übernommen, der in überaus eindringlicher Weise das Lebensbild von Dr. Max Hirsch entrollte. Der Sohn dieses Führers dankte für die Ehrung und für die Treue, die seinem Vater über das Grab hinaus bewahrt worden ist. Anerkennende Worte über die Verdienste dieses wahren Volkshelden fanden die Vertreter der Humboldt-Akademie und der Gesellschaft der Verbreitung für Volksbildung.

Überaus wirkungsvoll war die Schlussrede, die von dem Zentralratsvorsitzenden, Kollegen Gieseler gehalten wurde. Derselbe zog einen Vergleich zwischen einst und jetzt und belegte an Hand von einzelnen Beispielen, wie Dr. Max Hirsch im wahren Sinne des Wortes der Bahnbrecher der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist. Arbeitsgerichte, Schiedsgerichte, Tarifverträge, für alle die Errungenschaften hat er die Grundideen frühzeitig festgelegt. In der Schulung der Arbeitnehmer zur Mitbestimmung und Mitverantwortung sah Dr. M. Hirsch den Weg zur Freiheit in Staat und Wirtschaft auch zum Vorteil der Nation. Nicht zu einer ziellosen Freiheit der Neuzeit, die keine Verantwortung kennt, sondern zu der Freiheit, wie sie Weber in seinem Gedicht „Dreizehnhundert“ feinstimmig symbolisiert:

Freiheit ist der Zwang des Zwanges wie man eine Kette bindet, daß sie statt im Staub zu klagen, froh sich in die Lüfte windet.

Allen Teilnehmern dieser Veranstaltung wird dieser Abend unvergesslich bleiben, es waren im wahren Sinne des Wortes Erbauungsstunden, zu gleicher Zeit aber ein einmütiges begeistertes Bekenntnis, das Vermächtnis von Dr. Max Hirsch, das Banner der deutschen Freiheit weiter fortzupflanzen, im Sinne einer freiheitlich nationalen Arbeiterbewegung, wie sie in den deutschen Gewerksvereinen verkörpert ist.

Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsunterstützung.

Als feinerzeit die staatliche Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden sollte, dachte ich, daß beim Aufbau dieses Gesetzes die Gewerkschaften, — auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen auf diesem Gebiete, — den Gesetzgebern ein guter Lehrmeister sein könnten. Ich dachte dabei an eine gerechte Verteilung von Pflichten und Rechte; und, im Hinblick auf die größere Machtfülle des Staates, an ein energisches „Einschreiten gegen die sogenannten „Kassenmarde“, gegen deren unfauberen Machinationen sich die Gewerkschaften immer schlecht schützen konnten. Über bald mußte ich feststellen, daß in diesen Punkten der staatliche Apparat vollständig versagte. Sanct Barrotratus — Schyma F.

Über den ganzen Sommer der staatlichen Arbeitslosenunterstützung sollte ich erfahren, nachdem ich am 1. Oktober 1932 selber abgebaut worden war. Nach meiner Schätzung wurden mir seit Inkrafttreten der Beitragserhebung durch die Krankenkassen bis zu meinem Abbau im ganzen etwa 600—700 RM. als Arbeitslosenbeiträge vom Lohn einbehalten. Hinsichtlich des Wortes von den „Wohlfahrtsrechten“, welches anlässlich eines Kürzungsantrages der hohen Pensionen über 12 000 RM. im Reichstag gefallen ist, glaube auch ich nun meine Rechte bei der Arbeitslosenversicherung geltend machen zu können, trotzdem ich meine Invalidenrente bezog. Als Resultat meines diesbezüglichen Antrages erfuhr ich dann, daß mir an Arbeitslosenunterstützung im ganzen 1,50 RM. zuständen. — Eine Reichsmark auch fünfzig Pfennige, abzuzahlen in wöchentlichen Raten je 25 Pfennige. Sechs Wochen lang, jede Woche 25 Pf. abholen und als Gegenleistung dafür stempeln gehen. — Das sollte nicht etwa eine Verhöhnung meines Antrages sein, sondern es war sicher das Resultat eines mit viel bürokratischem Scharfsinn ausgearbeiteten Nachgegempels. Über von mir aus gesehen: Garnichts wäre hier wahrlich mehr gewesen. Denn es wäre wohl jedem Unterstützungsempfänger mehr gebient, wenn Unterstützungssätze von weniger als 1,— RM. pro Woche gar nicht gezahlt würden. Denn, um in den Genuß der 25 Pf. pro Woche zu gelangen, mußte ich fast die ganze Woche hindurch von einer Stelle zur andern laufen, wobei ich genau 15 verschiedene Angestellte oder Beamte wegen der 25 Pf. belästigen mußte. — Tatsächlich: Fünfzehn verschiedene Personen trotz Sparkommissar! (Hierbei will ich ausdrücklich bemerken, daß ich über alle hier gemachten Behauptungen Material gesammelt habe, um jederzeit den Wahrheitsbeweis antreten zu können.) Weiter mußte ich dann 6 Wochen lang, jede Woche zweimal zur Stempelstelle: einen Weg von etwa 3—3 1/2 Kilometern (40 Minuten Laufzeit) hin, und dieselbe Kilometerzahl wieder zurück. Ob ich beim Laufen dieses Weges, (Stiefelsohlen) oder beim Fahren mit der Straßenbahn (Fahrgebl) billiger weggekommen wäre, das auszurechnen überlasse ich den Lesern.

Dies meine Arbeitslosenunterstützung vom „Wohlfahrtsstaat“. Und nun als Gegenstück die Unterstützung vom Gewerksverein. Wievohl auch hier die Not der Zeit gezwungen hatte, die Unterstützungssätze zu reduzieren, war hier in meinem Falle der Unterstützungssatz des Gewerksvereins fast genau 36 mal so hoch, wie der des „Wohlfahrtsstaates“. (Die Beiträge waren staatlich wie im Gewerksverein fast auf gleicher Höhe.) Hier hatte ich keine Laufereien, ich brauchte keine ellenlangen Fragebogen auszufüllen mit Fragen wie etwa: „Leben im ihrem Haushalt Ehegatte, Kinder, Eltern, sonstige Verwandte und Mitbewohner?“ Oder: „Haben sie selbstbetriebl. Eigenbesitz? Feld, Wiese, Wald, Garten, Pferde, Ochsen, Kühe, Rinder, Jungvieh, Schweine, Ziegen, Schafe, Federvieh?“ (Dies alles wörtlich wiedergegeben.) So und ähnlich geht es 4 Folioseiten lang. Auch wurde ich im Gewerksverein nicht gefragt, ob etwa noch ein Verwandter von mir irgendwo oder wo beschäftigt würde, hier drehte sich die ganze Sache nur um den einen Satz: „Hast du bisher deine Pflichten erfüllt, so hast du jetzt Rechte zu beanspruchen; so bitterst du es uns auch z. Z. fallen mag, es muß möglich gemacht werden! Und es wurde möglich gemacht; und es wird auch weiter noch möglich gemacht werden.

Und nun das Resümee dieser Abhandlung. Als feinerzeit die staatliche Unterstützung eingeführt, hatten z. B. die deutschen Gewerksvereine (G.-V.) schon etwa ein halbes Jahrhundert lang ein Unterstützungssystem, das bisher in seiner Grundform unverändert bleiben konnte und immer gut funktioniert hat. Wenn nun der Staat selber ein solches System aufbauen wollte und schon selbst nichts Besseres wußte, wäre es doch wohl naheliegender gewesen, die bestehenden Systeme als Muster zu nehmen und nicht, wie geschehen, ein Werk hinzubauen, das (wie

in meinem Falle) 36 mal schlechter sein kann, als das schon bestehende.

Man wird mir da mit Einwendungen, oder auch mit juristischen Spitzfindigkeiten kommen, die mir mit 1000 Worten deutsch genau beweisen, daß ich hier mancherlei Trugschlüsse gezogen habe. Das alles wird aber nicht aus der Welt schaffen können, daß sich mein, und gewiß auch vieler anderer Kollegen, daß sich unser Rechtsbewußtsein gegen solche Art Volkswohlfaß stets aufbäumen wird.

Hugo Hippe, Berlin N. 58, Dunderstr. 68.

Aus den Ortsvereinen.

Mugsburg, Jahreswende. Erfüllt von neuem Zehnen und Hoffen reichen sich die Menschen die Hand, um sich gegenseitig das Beste zu wünschen, Gesundheit der Wirtschaft, Erleichterung im Existenzkampf. Und gerade die heutige Jahreswende ruft in den Gewerksvereinen eine Erinnerung wach, und viel tausend Gedanken fliehen hin zum stillen Friedhof Berlin-Weißensee. Dort ruht ein Mann, dessen Name unauslöschlich fortbestehen wird in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Dr. Max Hirsch, der Gründer der deutschen Gewerksvereine. Zum hundertsten Male fährt sich der Tag, an welchem Dr. Max Hirsch das Licht der Welt erblickte. Dieser Tag sollte auch in Süddeutschland nicht ungewürdigt vorüber gehen. Schon am 27. Dezember 32 erläuterte Kollege Gotthold am Mikrophon im Bayerischen Rundfunk in München in feinsinniger Vortragsweise das Leben und Wirken dieses Gewerkschaftspioniers. Dem folgte am 6. Januar 1933 der Ortsverband Mugsburg mit der Abhaltung einer Gedenkfeier. Unter den zahlreichen Besuchern befand sich auch Kollege Nieger, sowie verschiedene führende Persönlichkeiten aller Berufsgewerksvereine.

Die Veranstaltung bestand aus Begrüßungsansprache, Prolog, Gedenkrede, Musik und Gesang. Der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Berchtold betonte in seinen Begrüßungsworten, daß die heutige Feier für jeden Gewerksvereiner Stunden der Erbauung sein sollten und gerade die heutige Zeit sollte uns ein Beispiel sein, wie notwendig es ist, alles aufzubauen, unsere Organisation wieder aufzubauen, die ein Lebenswerk voll Kampf und Bitternis darstellt.

Anschließend daran sprach Paula Streit aus der Jugendabteilung einen von Kollegen Konrad Kohler verfaßten Prolog und wurde derselbe mit reichem Beifall aufgenommen. Die Zwischenpausen wurden ausgefüllt von ausgezeichneten musikalischen Darbietungen der Kapelle Schögl. Hervorragende Leistungen bot auch das Quartett des Sängerkränzchens „Frohstimm“, Mugsburg-Pfersee.

Die nun folgende Gedenkrede des Ortsverbandsvorsitzenden, Kollegen Berchtold wurde bei äußerster Stille mit größtem Interesse verfolgt. Redner schilderte in markanten Worten das Leben des Gründers, welches ein Wechselbild zwischen Kampf und Erfolg, zwischen Sieg und Niederlage war.

Über unwerdigen und ungeschwächten Mutes strebte Dr. Max Hirsch einem Ziele zu. Darob sollten wir ihm Dank wissen. Und gibt es besseren Dank für ihn, als seine Tat mit dem Eintrag aller Kräfte und Mittel zu erhalten und zu vergrößern? Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Da aber Dr. Max Hirsch über seinem Grabe erheben sich tausende von Arbeiterhänden zum Treuegelübde.

So mag uns das neue Jahr Gelegenheit geben, Beweise zu liefern, daß wir den Gedankengang von Dr. Max Hirsch in die volle Tat umsetzen, indem er sagte, „das zwanzigste Jahrhundert gehört den Gewerksvereinen“. Damit wollen wir zeigen, daß wir leben und im steten Wachstum leben werden, so lange eine deutsche Arbeiterklasse besteht. Viele arbeitslose Mitglieder haben durch ihren Besuch und Ausdauer bewiesen, daß sie trotz ihrer bitteren Not nicht müde werden, die Treue zu ihrer Organisation zu halten und mit Sehnsucht eine bessere Zeit erwarten, die ihnen Gelegenheit gibt, sich mit voller Kraft einzusetzen, das von Dr. Max Hirsch begonnene Werk in die volle Tat umzusetzen. Mit kräftigen Appell zur intensiven Agitation konnte der Ortsverbandsvorsitzende die Gedenkfeier schließen.

H. 3.

Stettin. Noch kurz vor Schluß des alten Jahres hatten wir Gelegenheit, den Kollegen Volkmann-Berlin in unserer Mitte begrüßen zu können. Aus diesem Anlaß hatten wir auch die Kollegen der Brudervereine geladen. Kollege Volkmann wies einleitend seines Vortrages darauf hin, daß die Menschheit infolge der langandauernden Arbeitslosigkeit von einer gewissen Verzweiflungsstimmung erfaßt sind, die besonders scharf beachtet werden muß. Es erweckt oft den Anschein, als ob gewisse Regierungskreise sich über die Not des Volkes mit einem Achselzucken hinwegsetzen, andere wieder sich auf die Macht der Bajonette stützen. Das deutsche Volk hat wahrlich den Beweis erbracht, daß es Hunger, Not und Strapazen ertragen kann, es ist aber nicht gewillt ist, Ungerechtigkeiten und einseitige Lasten zu tragen. Wir können und wollen nicht dulden, daß man Banken, Landwirtschaft und Schwerindustrie einseitig begünstigt, während man den Arbeitlosen, Kriegsbeschädigten und Rentnerempfängern ihre schon so knapp bemessenen Renten kürzt. Mit heftiger Erbitterung haben die Arbeitnehmer den Angriff in das Tarifrecht wahrgenommen. Sie

Die Beitragswochen für das Jahr 1933

(Ausstreichen, aufheben und beachten).

Vom 31.	Dez 32 bis	6. Januar 33	1. Beitragswoche
7.	Januar	13.	2.
14.	"	20.	3.
21.	"	27.	4.
28.	"	3. Februar	5.
4.	Februar	10.	6.
11.	"	17.	7.
18.	"	24.	8.
25.	"	3. März	9.
4.	März	10.	10.
11.	"	17.	11.
18.	"	24.	12.
25.	"	31.	13.
1.	April	7.	14.
8.	"	14.	15.
15.	"	21.	16.
22.	"	28.	17.
29.	"	5. Mai	18.
6.	Mai	12.	19.
13.	"	19.	20.
20.	"	26.	21.
27.	"	2. Juni	22.
3.	Juni	9.	23.
10.	"	16.	24.
17.	"	23.	25.
24.	"	30.	26.
1.	Juli	7. Juli	27.
8.	"	14.	28.
15.	"	21.	29.
22.	"	28.	30.
29.	"	4. August	31.
5.	August	11.	32.
12.	"	18.	33.
19.	"	25.	34.
26.	"	1. Sept.	35.
2.	Sept.	8.	36.
9.	"	15.	37.
16.	"	22.	38.
23.	"	29.	39.
30.	"	6. Oktober	40.
7.	Oktober	13.	41.
14.	"	20.	42.
21.	"	27.	43.
28.	"	3. Nov.	44.
4.	Nov.	10.	45.
11.	"	17.	46.
18.	"	24.	47.
25.	"	1. Dezember	48.
2.	Dezember	8.	49.
9.	"	15.	50.
16.	"	22.	51.
23.	"	29.	52.
30.	"	5. Januar 34	53.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich im voraus einen Wochenbeitrag zu bezahlen.

Für pünktliche Entrichtung der Beiträge ist überall Sorge zu tragen.

haben sich mit allen gezielten Mitteln dagegen gewehrt, sie haben den Kampf aufgenommen und haben sich in der Verteidigung ihrer Rechte auch durch keine einstweilige Verfügung abhalten lassen. Mit allem Nachdruck muß daher die Aufhebung der Notverordnungen der Regierung Papen gefordert werden. Der Ausfall der Wahlen hat bewiesen, daß neunzehntel des Volkes eine derartige Verelendungs- und Diktaturpolitik ablehnen. Im Kampfe um die Freiheit des Volkes, um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitnehmer dürfen wir nie erlahmen. Der Gewerkschaftsring als Spitzenorganisation der freiheitlichen nationalen Arbeitnehmerorganisationen ist andauernd bemüht, die Rechte der Kollegen zu wahren. Wir dürfen auch in der schwersten Not nicht mutlos werden. Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren. Wie nach dem stärksten Winter die Frühlingssonne sich Bahn bricht, so muß auch diese Zeit der langanhaltenden Krise einmal ein Ende finden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind wir an dem Höhepunkt angelangt, es machen sich zwar Schwäche, aber sichtbare Anzeichen der Besserung bemerkbar. Es gilt deshalb alle Interessiertheit abzuschütteln, alle Kräfte zu sammeln, um die Menschen aus ihrer verzweiflungsvollen Stimmung herauszureißen, sie wieder lebensfroh zu machen, eine Wirtschaft kann nicht mit müden, verärgerten Menschen gedeihen, sondern nur mit Kräften, die sich ihrer Stärke bewußt sind. Das sollten sich auch die Kreise gesagt sein lassen, deren Bestreben darauf hinausgeht, den Industriebürger wieder zum Industriuntertan herabzuwürdigen. Hiergegen werden wir uns nach wie vor mit allen Kräften wehren.

In der darauf folgenden Aussprache kam ein einstimmiger Wille zur Abwehr zum Ausdruck.

Der Vorsitzende ermahnte zur treuen rastlosen Mitarbeit auf, da nur gemeinsam alle Schwierigkeiten überwunden werden können.

Bei der im Anschluß an die Versammlung vorgenommenen Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Stolz i. Po. Im Dezember hielt der hiesige Ortsverein der Holzarbeiter seine ordentliche Generalversammlung ab, zu der auch der Kollege Volkmann-Berlin auf besonderem Wunsch des Vorstandes erschienen war. Derselbe führte uns in einem längeren Vortrag die gegenwärtigen Verhältnisse vor Augen, er ging auf die Maßnahmen der Regierung ein und zeigte an Hand von Bei-

spielen, wie die Arbeitgeber alles Heil nur von der Lohnsenkung erwarten. Diese Einstellung der Unternehmer hat viel dazu beigetragen, daß man auch in anderen Kreisen die Gewerkschaften für das Darniederliegen der deutschen Wirtschaft verantwortlich macht. Diese Einstellung der Unternehmer und weiter Wirtschaftskreise ist nicht geeignet, Vertrauen in die Wirtschaft zu erwecken, sie ist vielmehr geeignet, die Gegensätze zu erweitern und den Rest des Vertrauens zu erschüttern. Die Arbeiter haben dauernd den Beweis erbracht, daß sie gewillt sind, Opfer auf sich zu nehmen, sie verlangen jedoch eine gerechte Lastenverteilung. Mit allem Nachdruck muß die Notverordnungs- und Politik der Regierung von Papen zurückgewiesen werden, planlos dürfte wohl kaum je einer die Zügel der Regierung geführt haben. Unverständlich wird es bleiben, wie der Reichspräsident zu einem solchen Manne Vertrauen haben kann. Die Gewerksvereine haben von jeder politischen Bindung abgelehnt, sie sind frei in ihren Entschlüssen und haben daher um so größere Berechtigung Regierungsmaßnahmen zu bekämpfen, die nach ihrer Ansicht nur geeignet sind, das Einkommen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer zu droffeln. Wir müssen dafür sorgen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in jeder Weise gewahrt wird.

In der nach dem Vortrage einsetzenden Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß manche Verschlechterung hätte vermieden werden können, wenn sich sämtliche Arbeitnehmer ihrer Kräfte bewußt gewesen wären. Der größte Feind der Arbeitnehmer ist die Interessenlosigkeit, hiergegen muß mit aller Macht angekämpft werden. Des weiteren kam zum Ausdruck, daß auch der Pommerische Arbeitgeberverband den Vertrag gekündigt hat, ein Ansporn mehr, Kräfte zu sammeln, um den reaktionären Gellisten erfolgreich begegnen zu können.

Die hierauf vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Der Vorsitzende dankte für das dem Vorstande bewiesene Vertrauen, richtete jedoch gleichzeitig die ernsteste Mahnung an alle Anwesenden, durch ständig regen Versammlungsbesuch die Zusammenarbeit zu erleichtern, nur durch gegenseitigen Meinungsaustrausch ist es möglich, vorhandene Mißstände zu beseitigen.

Achtung Ortsvereinskassierer!

Für das Jahr 1932 waren nur 52 und nicht 53 Wochenbeiträge zu entrichten; wo 53 verrechnet sind, können dieselben umgeschrieben werden auf die 1. Woche 1933.

M. Sch.

Buch verloren!

Das Mitgliedsbuch 2081 F. Albrecht-Eisenach ist verloren gegangen. Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden.

Der Hauptvorstand.

Notpreise!

Feine Maß-Anzugstoffe

blau und grau Wollkammgarn

Meter RM. 6.80, 8.80, 10.80

Unverbindliche Mustersendung wird gern zugesandt

Geraer Textilfabrikation G. m. b. H. Gera.

Todes-Anzeige

Am 30. Dezember 1932 starb unerwartet unser langjähriges Mitglied

Gustav Prensin

Ehre seinem Andenken.

Ortsverein der Holzarbeiter S.-D. Hamburg.

Dieser Nummer des Organs „Die Eiche“ liegt das Inhaltsverzeichnis für das Jahr 1932 bei.

Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche v. 31. Dez. 32—6. Jan. 33 ist die 1. Woche fällig
Für die Woche vom 7.—13. Januar ist die 2. Woche fällig
Für die Woche vom 14.—20. Januar ist die 3. Woche fällig
Für die Woche vom 21.—27. Januar ist die 4. Woche fällig
Für die Woche vom 28. Jan.—3. Febr. ist die 5. Woche fällig